Stand: 16.12.2025 00:34:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9832

"Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9832 vom 29.01.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11112 des BU vom 21.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11293 vom 28.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 28.04.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.01.2016 **Drucksache 17/9832**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen zu verbessern und so den Weg von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen in qualifizierte Beschäftigung zu erleichtern.

Hierzu gehören insbesondere folgende Maßnahmen und Projekte:

- Der flächendeckende Ausbau der Beratungsinfrastruktur gemeinsam mit Bundesagentur, Jobcentern und den Beratungsangeboten der IQ-Netzwerke.
- Die Erweiterung des Beratungsangebots von der Erstberatung hin zur Betreuung und Begleitung im gesamten Anerkennungsverfahren.
- Der Aufbau von koordinierten Beratungsangeboten für Flüchtlinge schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen.
- Die Festlegung von Kostenobergrenzen bzw. Kostenkorridoren für die notwendigen Verfahrensgebühren und Maßnahmekosten im Rahmen der Anerkennung.
- Eine Klarstellung des Rechtsstatus von Anpassungsmaßnahmen, damit diese auch an Hochschulen oder beruflichen Schulen angeboten werden können.
- Ein bedarfsgerechter Ausbau der Angebote an Anpassungslehrgängen und Nachqualifizierungsmöglichkeiten gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern.
- Die Bereitstellung von ausreichenden Zuschüssen, Stipendien und Darlehen zur Finanzierung des Lebensunterhalts während einer Qualifizierungsphase.
- Eine stärkere Bündelung und Vereinheitlichung der Zuständigkeiten und Abläufe in den Anerkennungsverfahren.
- Die Übersetzung der Antragsformulare im Anerkennungsverfahren auch in nicht-europäische Sprachen wie Arabisch, Farsi, Dari, Somali etc.
- Den Zugang zur „Blauen Karte EU“ nach § 19a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz auch für ausländische Nichtakademikerinnen und Nichtakademiker mit mindestens fünf Jahren Berufserfahrung zu öffnen.
- Die Verlängerung des maximalen Aufenthalts zum Zweck einer Anpassungsmaßnahme oder weiterer Qualifikationen nach § 17a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz von derzeit 18 auf 36 Monate sowie die Verlängerung der Zeit für die Arbeitssuche nach Feststellung der Gleichwertigkeit der Qualifikation nach § 17a Abs. 4 auf 18 Monate.

Begründung:

In Deutschland leben schon lange Millionen Menschen, die sich im Ausland qualifiziert, dort gearbeitet und Abschlüsse erworben haben. Hierzu gehören sowohl EU-Bürgerinnen und Bürger als auch mehrere Hunderttausend Menschen aus Staaten außerhalb der EU. Die Berufsqualifikationsfeststellungsgesetze des Bundes und der Länder sollen diesen Menschen den Weg in qualifizierte Beschäftigung erleichtern. Allerdings enthalten die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen auf Bundes- und Landesebene immer noch zu große bürokratische Hürden und finanzielle Herausforderungen. Die Verfahren sind für die Betroffenen oft zu kompliziert und zu bürokratisch. Die vorhandenen Potenziale zur raschen Arbeitsmarktintegration aller Zuwanderer und zur Fachkräftesicherung der bayerischen Wirtschaft werden so nicht ausgeschöpft. Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen müssen deshalb weiter vereinfacht und beschleunigt werden.

Potenzielle Nutznießerinnen und Nutznießer müssen aktiv auf die Möglichkeiten der Anerkennung ihrer Qualifikationen hingewiesen und zur Antragstellung motiviert werden. Hierzu müssen die unterschiedlichen bestehenden Beratungsangebote personell und in der Fläche weiter ausgebaut werden. Das Beratungsangebot sollte nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verbessert werden. Insbesondere Flüchtlinge brauchen nicht nur eine Erstberatung,

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

sondern auch eine Betreuung und Begleitung im gesamten Anerkennungsverfahren. Für neu ankommende Flüchtlinge sollten bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen entsprechende Beratungsangebote geschaffen werden.

Auch die hohen Kosten der Anerkennung schrecken häufig potenzielle Interessenten von der Antragstellung ab. Um hier für die Antragstellenden, aber auch für die möglichen Kostenträger, für mehr Klarheit und Sicherheit zu sorgen, wäre die Einführung von absoluten Kostenobergrenzen bzw. Kostenkorridoren sinnvoll. Vor allem Menschen aus gering bezahlten Beschäftigungen brauchen darüber hinaus eine finanzielle Unterstützung. Für die anfallenden Verfahrensgebühren und Maßnahmekosten müssen für diesen Personenkreis ausreichende Zuschüsse und Darlehen zur Verfügung stehen. Der Freistaat sollte in diesem Kontext die Auflage eines eigenen Stipendienprogramms prüfen.

Angesichts der steigenden Nachfrage muss auch das Angebot an Anpassungsmaßnahmen und Nachqualifizierungskursen systematisch weiter ausgebaut werden. Eine Klarstellung des Rechtsstatus von Anpassungsmaßnahmen wäre in diesem Zusammenhang hilfreich, damit sich auch Hochschulen und berufliche Schulen an diesen Angeboten beteiligen können. Beim bedarfsgerechten Ausbau sollte der Freistaat eng mit dem Netzwerk „Integration durch Qualifikation“, den Arbeitsagenturen, Jobcentern und Kammern zusammenarbeiten.

Zum Abbau unnötiger Hürden ist auch eine weitere Bündelung und Vereinheitlichung der Verfahren dringend notwendig. Die komplizierten und unübersichtlichen Verfahren stellen für die potenziellen Interessenten eine nicht zu unterschätzende Hürde dar. Durch die Zuständigkeit unterschiedlicher Anlaufstellen und Ansprechpartner im Anerkennungsverfahren, durch die mit der Anerkennung verbundenen komplexen Fragestellungen im Aufenthaltsrecht, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen sowie zu Fördermitteln für die berufliche Weiterbildung, ist es für die Antragstellenden sehr schwer, die Kosten und die Erfolgsaussichten der Anerkennung und der nötigen Qualifizierungen seriös abschätzen zu können. Zur Verfahrensvereinfachung gehört auch die Vereinheitlichung und Übersetzung der Antragsformulare auch in nicht-europäische Sprachen.

Auf Bundesebene sind zudem auch Änderungen im Aufenthaltsrecht notwendig. So sollte der Zugang zur „Blauen Karte EU“ und damit zum deutschen Arbeitsmarkt auch für qualifizierte Nichtakademikerinnen und Nichtakademiker geöffnet werden. Die Aufenthaltshöchstdauer zum Zweck der Qualifikation ist nach der Dauer der Anpassungsmaßnahmen auszurichten. Die Maximaldauer muss deshalb von 18 Monaten auf 36 Monate verlängert werden. Auch für die Arbeitssuche nach Anerkennung der Gleichwertigkeit muss ausreichend Zeit zur Verfügung stehen. Die Staatsregierung muss sich deshalb auf Bundesebene für entsprechende Änderungen im Aufenthaltsgesetz einsetzen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.04.2016 **Drucksache** 17/**11112**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**9832**

Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 16. Februar 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 6. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 21. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.04.2016 **Drucksache** 17/**11293**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**9832**, 17/**11112**

Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 3, 6, 8, 24, 31, 34 und 38 der Anlage zur Tagesordnung. Es sind dies die Anträge betreffend "Keine Kindeswohlgefährdung bei der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zulassen" auf der Drucksache 17/10185, "Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen" auf den Drucksachen 17/10339 und 17/10572, "Missbrauch des EU-Patentrechts endlich stoppen – rechtliche Klarheit über das Verbot konventionell gezüchteter Pflanzen und Tiere schaffen!" auf der Drucksache 17/9840, "Mieterrechte stärken: Mietspiegel und Modernisierungsumlage reformieren!" auf der Drucksache 17/9386, "Investitionen in Wohnraum nicht gefährden und zusätzliche Steueranreize schaffen" auf der Drucksache 17/10220 und "Anreize in Neubau und Modernisierung von Wohnungen nicht unnötig erschweren" auf der Drucksache 17/9758, die auf Antrag der Fraktionen gesondert beraten werden sollen. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt erst nach den Dringlichkeitsanträgen heute am späten Nachmittag.

Ich darf jetzt abstimmen lassen, Kolleginnen und Kollegen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen, die den einzelnen Voten der Fraktionen zugrunde liegen, verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat:
EU-Aktionsplan für die Rückkehr
COM (2015) final
BR-Drs. 414/15
Drs. 17/9534, 17/11107 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Bayerische Landtag nimmt das Vorhaben zur Kenntnis.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Bildungs- und Integrationsplan für erwachsene Flüchtlinge und Asylbewerber entwickeln
Drs. 17/8942, 17/11067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Mieterrechte stärken: Mietspiegel und Modernisierungsumlage reformieren!
Drs. 17/9386, 17/10907 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Polizei-Standort Niederbayern nicht vernachlässigen – Logistikzentrum Bayern und Ausbildung für Bereitschaftspolizei in Niederbayern installieren
Drs. 17/9688, 17/10984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Begleitung der kommentierten Ausgabe von "Mein Kampf" in der Bildungsarbeit
Drs. 17/9691, 17/11068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anreize in Neubau und Modernisierung von Wohnungen nicht unnötig erschweren
Drs. 17/9758, 17/10979 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtern
Drs. 17/9832, 17/11112 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

8. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Missbrauch des EU-Patentrechts endlich stoppen − rechtliche Klarheit über das Verbot konventionell gezüchteter Pflanzen und Tiere schaffen!
Drs. 17/9840, 17/11093 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheit für Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse mit Flüchtlingen herstellen
Drs. 17/9924, 17/10986 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alpenkonvention muss Grundlage der Alpenraumstrategie sein!
Drs. 17/9925, 17/11099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wohnsitzauflagen dürfen die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen nicht verhindern
Drs. 17/9929, 17/10936 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
Drs. 17/9999, 17/10977 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Asylsozialarbeit: Mehr Personal einstellen, Qualitätsstandards sichern
Drs. 17/10012, 17/10978 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU)
Qualitätssicherung durch Erstellung eines Fortbildungskonzepts für Lehrpersonal und außerschulisches Personal im Ganztag
Drs. 17/10013, 17/11069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fluglärmbelastung am Bayerischen Untermain ernst nehmen – Maßnahmen zur Lärmreduzierung ergreifen
Drs. 17/10017, 17/11023 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Heterogenität im Klassenzimmer
Drs. 17/10128, 17/11033 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Reformierung des Fahrschulwesens
Drs. 17/10129, 17/10985 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auswirkungen von Grenzkontrollen auf die bayerische Wirtschaft
Drs. 17/10132, 17/11025 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über Evaluation und Fortführung der Clusterförderung
Drs. 17/10133, 17/11026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flächendeckende anonyme Spurensicherung bei Vergewaltigungen sicherstellen
Drs. 17/10160, 17/11113 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Einführung von Musterverfahren für Verbraucherverbände
Drs. 17/10162, 17/10941 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

22. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Verwendung von Ersatzzahlungen nach § 15 Abs. 6 BNatSchG
Drs. 17/10173, 17/11029 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	A

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Alternative Therapiemöglichkeiten in der Tierhaltung nicht unnötig bürokratisieren
Drs. 17/10184, 17/10890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Kindeswohlgefährdung bei der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zulassen
Drs. 17/10185, 17/10877 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Ergebnisse des EU − Gipfels umsetzen und Fehlanreize durch das Kindergeld stoppen
Drs. 17/10186, 17/11098 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Kommunen bei Integrationsmaßnahmen bestmöglich unterstützen!
Drs. 17/10187, 17/11111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Überprüfung der Wirtschaftsbereiche im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz
Drs. 17/10195, 17/11028 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	A

28. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bilanz der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsangehörige Bulgariens und Rumäniens in Bayern nach zwei Jahren
Drs. 17/10196, 17/11097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Zusammenlegung von Bewährungs- und Gerichtshilfe
Drs. 17/10202, 17/11094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Benachteiligung alternativer Heilverfahren in der Tierhaltung
Drs. 17/10210, 17/10891 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

31. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Karl Freller u.a. CSU
Investitionen in Wohnraum nicht gefährden und zusätzliche Steueranreize schaffen
Drs. 17/10220, 17/10980 (G)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

32. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Landtagsabgeordneten Zugang zu geheimen TTIP-Dokumenten verschaffen!
Drs. 17/10278, 17/11096 (E)

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Ausbau des Eine Welt-PromotorInnen-Programms in Bayern
Drs. 17/10294, 17/11102 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen – Angebote zur Familienentlastung und Leistungen zur Frühforderung bekannter machen
Drs. 17/10339, 17/11100 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

35. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Einführung von sprachsensiblen Prüfungen im Bereich der beruflichen Schulen
Drs. 17/10435, 17/11032 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesratsinitiative der Hessischen Landesregierung zum Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus unterstützen
Drs. 17/10449, 17/11030 (A)

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lebensmittelverluste und Lebensmittelabfälle in Bayern
Drs. 17/10450, 17/11031 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner,
Ruth Müller u.a. SPD
Familien von Kindern mit chronischen und seltenen Erkrankungen oder Behinderungen besser unterstützen II
Drs. 17/10572, 17/11101 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse an allen Schulen
Drs. 17/6208, 17/11034

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.